

Wenn allerdings die BAföG-Reform „auf die lange Bank“ geschoben werden sollte, wird sie zu einem späteren Zeitpunkt teurer sein; vor allem aus zwei Gründen: Die Fälle elternunabhängiger Förderung werden in den nächsten Jahren zunehmen, und das kostet mehr in der alten BAföG-Struktur. Diese Finanzmittel hätten bereits für die Durchführung der BAföG-Reform verwendet werden können; und auch die Finanzmittel für die Übergangsregelungen bei verzögerter BAföG-Reform nehmen dadurch zu.

Auf jeden Fall macht das Gutachten mit seinen Vorschlägen deutlich, welche Verflechtungen zwischen einem Teilbereich der Sozialpolitik und anderen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik bestehen. Ein solcher komplexer Sachverhalt und ein solcher differenzierter Problembereich müssen in Analyse und Therapie systematisch „angegangen“ werden. Eine BAföG-Reform im engeren Sinne ist in die relevanten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzuordnen, und die Wechselbeziehungen zum Steuerrecht und zum Familienlastenaus-

gleich sind auszuweisen. Dadurch werden der praktischen Politik *Alternativen* für eine längerfristige Umorientierung vorgelegt, keineswegs „Einbahnstraßen“! – Im Endergebnis ist ein in sich konsistentes „Reformpaket geschnürt“ worden, das sowohl kurz- als längerfristig finanzierbar ist; denn es handelt sich um einen „Ausbau“ aus dem Blickwinkel größerer sozialer Gerechtigkeit, der z.T. finanziell kompensiert wird durch einen „Umbau“ im Sinne der Subsidiarität. Der Beirat hatte den Auftrag, die „Unstimmigkeiten im BAföG“ auszuweisen. Das aus dem analytischen Befund resultierende „Paket von Reformvorschlägen“ erscheint in sich konsistent. Wer es „aufschnürt“ und im politischen Kompromiß „den kleinsten gemeinsamen Nenner“ sucht, wird neue Unstimmigkeiten produzieren! – Vielleicht sind diese Vorschläge – in Ansatzpunkten und Finanzierungsmöglichkeiten – ein Beispiel für eine „Reform mit Augenmaß“. Ob damit größere Chancen der Verwirklichung verbunden sind, wird sich im politischen Alltag der Jahre 1989/90 zeigen.

Theodor Dams

Islamisierung statt Demokratie

Politische und religiöse Spannungen in Malaysia

Nicht nur in den vom Islam geprägten arabischen Ländern unterliegen die christlichen Minderheiten erheblichen Beschränkungen: Auch im südostasiatischen Malaysia macht sich seit längerem der wachsende Druck des islamischen Fundamentalismus gegenüber den christlichen Kirchen bemerkbar. Peter Drews berichtet über die neuere Entwicklung in Malaysia auf dem Hintergrund der politischen Spannungen zwischen malaiischer Mehrheit und Nichtmalaien.

Im Juli 1981 übernahm Dr. *Mahathir Mohamad* in Malaysia die Regierungsgeschäfte mit dem erklärten Ziel, die Malaisierung der Gesellschaft zu intensivieren (vgl. HK Februar 1982, 92 ff.). Unter den 16 Millionen Einwohnern des Landes beherrschen die Malaien mit einem Bevölkerungsanteil von 53% zwar ohnehin die politischen Gremien, die Bürokratie und die Armee, doch sind sie in wichtigen Bereichen der Wirtschaft der *chinesischen Minderheit* (32%) deutlich unterlegen. Bereits 1969 hatte man deshalb eine „Neue Ökonomische Politik“ eingeleitet, um den Anteil der „Bumiputera“ („Einheimische“ = Malaien und ihnen gleichgestellte Ureinwohner) am Wirtschaftsaufkommen zu steigern. Bis 1990 soll dieser auf 30% ansteigen, während man den Nicht-Malaien (neben Chinesen vor allem die meist tamilischen Inder sowie Sikhs) 40% und ausländischen Investoren weitere 30% zugesteht. Dies dürfte man auch erreichen, ja in der Landwirtschaft, im Finanz- und Transportwesen dominieren die Malaien längst, allerdings nur dank einer erheblichen Ausweitung des staatlichen Engagements, so daß sich die sozialen Ge-

gensätze selbst unter den Bumiputera bisher kaum verringerten.

Ähnliche Eingriffe erlebte der *Bildungssektor*, indem man den Nicht-Malaien den Zugang zu staatlichen Sekundar- und Hochschulen erschwerte. Mittlerweile sind 70% der Studenten an den inländischen Universitäten Malaien, während etwa den Chinesen vielfach nur die Möglichkeit bleibt, im Ausland zu studieren, was sich jedoch Angehörige der unteren Sozialschichten kaum leisten können. Zudem ist der Unterricht in Minderheiten-Sprachen an staatlichen Schulen oft beeinträchtigt, wovon ebenfalls vor allem Chinesen betroffen sind. So stellt man gelegentlich Lehrkräfte ein, die das als „lingua franca“ benutzte Mandarin-Chinesisch nicht beherrschen, oder der Unterricht fällt wegen angeblichen Lehrermangels ganz aus.

Unterdrückung der Opposition

Angesichts der recht labilen ethnischen und sozialen Verhältnisse, die in der Vergangenheit mehrfach zu schweren politischen Unruhen führten, mußte Mahathir zunächst behutsam vorgehen. Seine Aufgabe wurde ihm jedoch dadurch erleichtert, daß er sich im Parlament auf eine aus 13 Parteien bestehende Koalition der „Nationalen Front“ stützen kann, die bei den Wahlen vom August 1986 sogar 148 der 177 Mandate errang und die – außer in Sabah – auch in allen Teilstaaten die Regierung stellt. Sie wird von der „United Malays National Organization“ dominiert,

doch gehören ihr im Rahmen des Interessenausgleichs auch die meisten bedeutenden politischen Gruppierungen der nationalen Minderheiten an.

Diese Position der Stärke (und die Schwäche seiner Koalitionspartner) verleitete Mahathir in den letzten Jahren zunehmend zu einem autoritären, Widerspruch allenfalls unwillig duldenden Führungsstil. Seinen Bestrebungen, durch Verfassungsänderungen und Einschüchterungsversuche unabhängige Staatsorgane der Exekutive unterzuordnen, war dabei bisher nur ein mäßiger Erfolg beschieden. Um so härter bekämpft er die legale Opposition, vor allem durch eine 1987 erneut verschärfte Medien-Zensur und die extensive Anwendung des aus dem Jahre 1960 stammenden „Internal Security Act“. Dieser gestattet inzwischen, „staatsfeindliche“ Personen ohne Gerichtsverfahren und ohne Möglichkeit der Berufung bis zu zwei Jahren zu inhaftieren. Auf dieser Grundlage ließ er z. B. im Herbst 1987 106 Politiker, Gewerkschaftler und Vertreter verschiedener Konfessionen festnehmen, von denen im November 1988 immer noch 17 im Gefängnis waren, darunter der Vorsitzende der sozialistischen „Democratic Action Party“, deren 24 meist chinesische Abgeordnete im Parlament die größte Oppositionsfraktion bilden.

Mahathirs autoritäres Regiment wurde bald auch in den eigenen Reihen heftig kritisiert, zumal es die Ausbreitung von *Korruption* und *Vetternwirtschaft* gerade in den Staatsbetrieben fördert. Im April 1987 eskalierte dies bei den Vorstandswahlen der UMNO gar zu einem offenen Machtkampf, was insofern recht außergewöhnlich war, als man in der malaiischen Gesellschaft Konflikte normalerweise durch diskrete Beratungen beilegt. Mahathir behielt schließlich nur mit knapper Mehrheit den Parteivorsitz, worauf die Unterlegenen die Wahl vor Gericht mit der Begründung anfochten, an der Abstimmung hätten UMNO-Mitglieder aus nicht ordnungsgemäß eingetragenen Ortsgruppen teilgenommen. Der Prozeß endete im Februar 1988 mit einer für alle Beteiligten anfänglich überraschenden Entscheidung, denn wegen dieser mangelnden Registrierung erklärte man UMNO insgesamt für illegal.

Mahathir nutzte das Urteil umgehend zur Gründung einer „Neuen UMNO“ (UMNO Baru), was ihm erlaubt, sich bei der Umschreibung der Mitglieder seiner Widersacher zu entledigen. Er setzte allerdings moralisch recht bedenkliche Mittel ein, um seine neue Partei zu legalisieren. Zunächst verhinderte er mit administrativen Maßnahmen, daß seine Gegner den attraktiven Namen oder gar das Vermögen der alten UMNO erhielten. Sodann übte er massiven Druck auf den Obersten Gerichtshof Malaysias aus, der über Einsprüche gegen das Februar-Urteil zu befinden hatte, denn bei einem (durchaus möglichen) Erfolg der Berufung wäre Mahathirs Vorgehen wirkungslos geblieben. Er erreichte schließlich die Ablösung des Obersten Richters und fünf seiner Kollegen, worauf die nun umbesetzte oberste Instanz im August zugunsten Mahathirs entschied.

Seinem öffentlichen Ansehen hat dies sicherlich weiteren

Schaden zugefügt, wie auch die jüngste Parlaments-Nachwahl zeigte, bei der sich sein Kandidat nur mühsam behauptete. Inzwischen gibt sich Mahathir denn auch wieder versöhnlicher, doch lehnten seine Gegner bisher alle Angebote zur Zusammenarbeit ab. Damit wächst die Gefahr einer endgültigen Spaltung innerhalb des malaiischen Lagers, zumal sich Mahathir bei den nächsten Wahlen um die Erschließung neuer Wählerschichten etwa unter den prononcierten Fundamentalisten bemühen mußte.

Dies könnte allerdings zu einer weiteren Verstärkung der Islamisierungstendenzen mit gegebenenfalls reichlich negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben der Völker Malaysias führen.

Wachsende Islamisierung

Der *Fundamentalismus* gewann unter den Malaien, die fast ausschließlich dem *sunnitischen Islam* angehören, seit Mitte der 70er Jahre erheblich an Bedeutung. An ähnlichen Bewegungen in Ägypten, Syrien und Pakistan orientiert, propagierten bald zahlreiche Gruppen unter der Losung „dakwah“ (Sendung, Mission) eine Rückkehr zu traditionellen islamischen Werten. Sie begeisterten damit Teile der akademischen Jugend, aber auch der ländlich geprägten kleinbürgerlichen Gesellschaft jener Malaien, die inmitten einer sich wandelnden modernen Welt nach geistigem Rückhalt suchten. Zu ihren wichtigsten Organisationen gehören die oppositionelle, derzeit nicht sonderlich erfolgreiche „Islamische Partei“ und die „Malaysische Islamische Jugendbewegung“ *Anwar Ibrahims*, die etwa 40 000 Mitglieder zählt.

Die Fundamentalisten fordern nicht nur eine Intensivierung des religiösen Lebens, sondern auch eine Abkehr von Elementen des malaiischen Lebensstils, sofern sie dem Islam zu widersprechen scheinen. Dies betrifft z. B. Kleidungsvorschriften für Frauen, so das Tragen des Schleiers und den Verzicht auf den Sarong zugunsten einer „züchtigeren“ Kleidung, was durchaus Anklang findet. Ebenso beobachtet man inzwischen häufiger, daß Muslime nach islamischem Ritus heiraten, statt die prunkvolleren traditionellen, aber aus dem Hinduismus abgeleiteten Zeremonien zu vollziehen. Darüber hinaus wurde die islamische Mission unter den Ureinwohnern Ostmalysias verstärkt (teilweise im „Wettstreit“ mit den christlichen Kirchen), ja extreme Vertreter des Fundamentalismus sehen als Endziel die *Islamisierung der gesamten Gesellschaft* in einem islamischen Staat, in dem nicht-muslimische Bürger allenfalls geduldet wären.

Auf diese Radikalisierung des Fundamentalismus reagierte Mahathir zunächst mit einer recht flexiblen Politik. Immerhin ist der Islam in Malaysia Staatsreligion, und so obliegt der Regierung die Förderung der muslimischen Gemeinschaft, wenngleich sie andere Religionsgemeinschaften nicht über Gebühr benachteiligen darf. Man gründete deshalb eine Islamische Bank und eine Islamische Universität, fördert die Mission des Islam einschließlich der Glaubensverbreitung durch die Medien und besetzt staatliche Stellen nach Möglichkeit nur noch mit

Muslimen. Damit entsprach Mahathir den Erwartungen vieler gemäßiger Fundamentalisten, so daß er gegen die radikalen Gruppen um so härter mit Polizeigewalt vorgehen konnte. In Fragen der Islamisierung des Rechtswesens oder gar der Verfassung war er dagegen zunächst nicht zu Zugeständnissen bereit, doch er könnte diese Haltung allmählich aufgeben, wie neuere Ansätze einer *Umgestaltung der Justiz* zeigen. Hier gelten noch weitgehend englische, in der Kolonialzeit eingeführte Normen, und nur in einigen Bereichen des Zivilrechts (etwa im Familienrecht) gibt es zusätzlich eine am Islam orientierte Gerichtsbarkeit, die den einzelnen Bundesstaaten untersteht. Kürzlich beschränkte man jedoch die Möglichkeiten, gegen Urteile dieser Schariya-Gerichte beim Obersten Gerichtshof Berufung einzulegen, was zu scharfen Protesten u. a. der christlichen Kirchen führte. Denn damit werden auch die Rechte von Nicht-Muslimen beschnitten, da z. B. ihre Rechtsstreitigkeiten mit Muslimen gegebenenfalls von den islamischen Instanzen behandelt werden.

Weitere Einschränkung der Religionsfreiheit

Noch wesentlich bedrohlicher erscheinen derzeit Versuche, die Aktivitäten der nicht-muslimischen Glaubensgemeinschaften auf die reine Kulturausübung zu begrenzen. Vordergründig richtet sich dies zwar insbesondere gegen einige evangelikale Gruppen, deren teilweise aggressive Missionierungspolitik erhebliche Ressentiments erzeugte, doch letztlich sind hiervon auch alle Nicht-Muslimen betroffen: Buddhisten (17% der Bevölkerung), Konfuzianer (12%), Hindus (7%), Christen (6%), Sikhs (2%). Schon bisher war es ihnen verboten, Muslime in ihren religiösen Gefühlen zu verletzen oder sie gar zum Glaubensübertritt zu veranlassen, doch drohten bei Zuwiderhandlungen relativ geringe Strafen. In jüngster Zeit verschärfte jedoch die Hälfte der Teilstaaten die gesetzlichen Bestimmungen in hohem Maße, und andere Bundesländer werden wohl folgen.

So verabschiedete der Staat Selangor, der das Bundesterritorium von Kuala Lumpur umschließt, im März dieses Jahres ein Gesetz über die „Kontrolle der Glaubensverkündigung nicht-islamischer Konfessionen unter Muslimen“. Hiernach ist es bereits verboten, Muslime überhaupt in irgendeiner Weise für andere Religionen zu interessieren, indem man sie etwa zu religiösen Veranstaltungen einlädt oder ihnen einschlägige Publikationen zugänglich macht. Bei direkten Konversionsversuchen drohen gar Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis und Geldbußen bis zu umgerechnet 7500,- DM (das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt zur Zeit rund 3000,- DM). Darüber hinaus ist den nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften in ihrer Glaubensverkündigung der Gebrauch von 25 arabischen Lehnwörtern der Staatssprache „Bahasa Malaysia“ untersagt, z. B. von Begriffen wie „Allah“, „Firman“ (Wort), „Hadith“ (Lehre) oder

„Nabi“ (Prophet). Hierbei blieb völlig unberücksichtigt, daß arabisch sprechende Christen anderer Länder derartige Ausdrücke durchaus traditionell verwenden.

Drastisch eingeschränkt sind auch der Import und die Verbreitung von *religiöser Literatur*. Selbst der Besitz der indonesischen Bibel-Übersetzung („Alkitab“), die wegen der engen sprachlichen Verwandtschaft der Bahasa Indonesia mit Bahasa Malaysia den christlichen Kirchen eine eigene Übertragung erspart, war zeitweilig unter Strafe gestellt. Mittlerweile gestattet man zwar wieder deren Benutzung im Gottesdienst, doch ist es nach wie vor verboten, sie in der Öffentlichkeit zirkulieren zu lassen. Paradoxerweise widersprechen diese Restriktionen den offiziellen Bestrebungen, das Englische weitgehend durch Bahasa Malaysia zu ersetzen. Dessen Verwendung wäre gerade für die christlichen Kirchen in Ostmalaysia sinnvoll, wo die Staatssprache die Funktion einer „lingua franca“ besitzt. Widerstand gegen seinen Gebrauch gibt es allerdings vor allem bei den Chinesen Westmalaysias, die hierin eine Unterordnung unter das Malaientum sehen, und so werden die christlichen Konfessionen vorerst weiter Englisch als offizielle Kirchensprache verwenden (neben indigenen Sprachen auf lokaler Ebene).

Zu diesen Behinderungen der Aktivitäten nicht-muslimischer Glaubensgemeinschaften kommt eine *intensive Aufsicht durch staatliche Stellen*; einzelne Vertreter der verschiedenen Konfessionen werden offensichtlich von der Geheimpolizei überwacht. So müssen sich alle Kirchen registrieren lassen, was wiederum Einblick in ihre Interna ermöglicht. Darüber hinaus erteilen die Behörden oft nur zögernd Genehmigungen zur Abhaltung religiöser Veranstaltungen, sofern diese den unmittelbaren Kultusbereich überschreiten, und auch der Neubau von Kirchen und Tempeln wird vielfach allenfalls unwillig gestattet. Mitte der 80er Jahre gab es sogar eine erhebliche Kontroverse um die Schließung zahlreicher hinduistischer und buddhistischer Schreine, wie sie traditionell von Privatleuten auf deren Grundstücken betrieben werden.

Festigung der katholischen Kirche trotz vieler Schwierigkeiten

Unter diesen Bedingungen sind *Konversionen von Muslimen* zu anderen Religionen fast ausgeschlossen. Ohnehin droht ihnen bei einem Glaubensübertritt der Verlust ihrer „malaiischen“ Privilegien, und zudem müssen sie mit behördlichen Maßregelungen rechnen, wie etwa jene beiden ehemals muslimischen Protestanten, die der Verhaftungswelle vom Herbst 1987 zum Opfer fielen. Selbst den Ansätzen einer möglichen Konversion sucht man zu wehren, indem man gelegentlich Muslimen den Zutritt zu Veranstaltungen anderer Glaubensrichtungen verweigert. Studenten benötigen z. B. eine Sondererlaubnis ihrer Fakultät, wenn sie einer registrierten Religionsgemeinschaft beitreten wollen. Andererseits fördert aber der Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die islamische Mission, wobei man sogar Klagen über Konversionen von

Minderjährigen, deren Eltern nicht um ihre Einwilligung gebeten wurden, als belanglos abtut (vgl. den ausführlichen Bericht einer Delegation von „Christian Solidarity International“, die im Mai 1988 Malaysia besuchte – CSI-IS/170688).

Der katholischen Kirche Malaysias gehören etwa 500 000 Gläubige an, von denen ein Drittel in den drei Diözesen des Festlandes lebt, vorwiegend unter der chinesischen (und in geringerem Maße indischen) Minderheit in den städtischen Regionen der Westküste. Die vier Diözesen des nur 2,5 Millionen Einwohner zählenden Ostmalaysia stellen die Mehrheit der Katholiken, deren in den letzten Jahrzehnten rasch gewachsene Gemeinschaft inzwischen in Sarawak und Sabah einen Bevölkerungsanteil von 10% bzw. 15% hat (Angaben nach *Annuario Pontificio* 1988, Stand Ende 1986). Zudem ist in Sabah sogar die Mehrzahl der Kadazan, der größten Volksgruppe von Ureinwohnern, christlich.

Letzteres ist von herausragender Bedeutung, da sich im März 1985 unter Führung des Katholiken *Joseph Pairin Kitingan* die vor allem von Kadazan gestützte „Vereinigte Sabah Partei“ konstituierte, die im April 1985 die Wahlen zum Regionalparlament gewann. Kitingans Ernennung zum Chefminister führte zu schweren, von seinen Gegnern geschürten Unruhen, die erst abflauten, als er im April 1986 die vorgezogenen Neuwahlen wiederum für sich entschied. Die Zentralregierung respektierte immerhin das Wählervotum, obgleich Sabah damit als einziger Bundesstaat nicht von der „Nationalen Front“ kontrolliert wurde. Dieser schloß sich Kitingans Partei jedoch mittlerweile an, wobei sie mit der gemäßigt sozialistischen „Gerakan Rakyat“ (Volksbewegung) kooperiert, einer multi-ethnischen Partei, die von Chinesen dominiert wird.

Zu den größten Problemen der katholischen Kirche gehört weiterhin ein erheblicher *Personalmangel*. Nur eine Minderheit der 170 Welt- und 70 Ordenspriester ist in Ostmalaysia tätig, und der vorwiegend einheimische Klerus ist überaltert, zumal neuen ausländischen Missionaren nur noch selten eine Arbeitserlaubnis erteilt wird. Auch die über 600 Ordensschwestern und -brüder können die Lücken nicht in vollem Maße schließen, da sie ohnehin mit Aufgaben in der Bildungs- und Sozialarbeit überlastet sind.

Auf diesem Sektor ist die Kirche bestrebt, einen über die eigenen Gemeinden hinausgehenden Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung Malaysias zu leisten. Ihre Möglichkeiten sind jedoch sehr beschränkt, denn eine karitative Tätigkeit unter Muslimen ist de facto verboten, und ihre rund 200 Grund- und 100 Sekundarschulen müssen großenteils staatliche Subventionen in Anspruch nehmen, weil der Kirche die Unterhaltungsmittel fehlen. Dies gewährt den Behörden wiederum einen erheblichen Einfluß auf den Einsatz von Personal oder die Gestaltung der Lehrpläne, so daß etwa der Religionsunterricht nur bedingt während der Schulstunden abgehalten werden kann. Angesichts dieser Entwicklung verzichten viele Katholiken

darauf, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken. Die Kirche gründete deshalb im Juli 1986 einen „Katholischen Erziehungsrat“, der nach Auswegen suchen soll, das „katholische Klima“ dieser Einrichtungen zu verbessern. Außerdem überlegt man, wie man eventuell einige Erziehungs-Einrichtungen wieder re-privatisieren könnte.

Trotz dieser Schwierigkeiten blühte das Gemeindeleben in den letzten Jahren auf, seit man die Bewegung der Basisgemeinden intensiviert und die Laien stärker an kirchlichen Aktivitäten beteiligte. Diese sehen sich nicht zuletzt dadurch ermutigt, daß die Bischöfe einen sehr engen persönlichen Kontakt zu den Gläubigen halten. „Monate der pastoralen Besinnung“ und lokale kirchliche Tagungen verhalfen im übrigen zu einem Aufschwung des religiösen Engagements, der sich u. a. in einer Ausweitung charismatischer Bewegungen äußert.

Eine „Christliche Föderation von Malaysia“

Derartige Aktivitäten werden von offizieller Seite durchaus gewürdigt, sofern sie nicht den engen kirchlichen Rahmen überschreiten. Manifestiert die Kirche jedoch ihre Präsenz außerhalb der eigentlichen Gemeinden, wird sie den Behörden wie den militanten Muslimen rasch suspekt. Katholiken, die eine kritische Haltung gegenüber der Regierung erkennen lassen, sind zudem dem Verdacht „staatsfeindlicher Gesinnung“ ausgesetzt. So waren denn auch unter den im Herbst 1987 Verhafteten zahlreiche engagierte Christen, darunter der Vize-Direktor des „Nationalen Amtes für humanen Fortschritt“ der Erzdiözese Kuala Lumpur. Er kam erst Ende August 1988 wieder bedingt frei, nachdem man weder irgendwelche Vorwürfe gegen ihn präzisiert noch gar Anklage gegen ihn erhoben hatte (UCA News 31.8.88).

Die Kirche hat häufig gegen solche Willkürmaßnahmen (insbesondere auf der Basis des „Internal Security Act“) öffentlich protestiert. Sie tat dies auch in Solidarität mit den *Protestanten*, die zusammen etwa 400 000 Gläubige zählen. Um die gemeinsame Position gegenüber der Regierung zu stärken, gründeten im Februar 1985 die katholische Kirche, die protestantische „Christian Conference of Malaysia“ und die „National Evangelical Christian Fellowship“ eine „Christliche Föderation von Malaysia“ als Dachverband aller wichtigen christlichen Kirchen. Den Vorsitz des Exekutiv-Komitees übernahm Bischof *Anthony Selvanayagam* von Penang, und gleichberechtigte Stellvertreter wurden Reverend *George Vergis* von der (syrisch-reformierten) Mar-Thoma-Kirche, *David Boler* von der Gospel Hall und Bischof *Thu En Yu* von der Basler Mission.

Ziel der CFM ist es vor allem, die Haltung der Mitglieder in wichtigen Fragen gegenüber der Regierung zu koordinieren. Sie wird von dieser als Gesprächspartner durchaus ernst genommen, doch setzen die nachgeordneten Behörden häufig die Ergebnisse solcher Konsultationen nicht in

die Tat um. Darüber hinaus ist die Gründung des CFM ein erster wichtiger Schritt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der Konfessionen, nachdem es in der Vergangenheit immer wieder Unstimmigkeiten gegeben hatte, etwa hinsichtlich der Nutzung von Friedhöfen, der Plazierung von neuen Kirchenbauten und nicht zuletzt der Mission in Ostmalaysia.

Im übrigen könnten hieraus auch Ansätze für eine *Zusammenarbeit mit anderen nicht-muslimischen Gemeinschaften* erwachsen. Bisher gibt es nur den „Malaysischen Konsul-

tationsrat für Buddhisten, Christen, Hindus und Sikhs“, der sich 1983 etablierte und als Gesprächsforum sicherlich sehr nützlich sein kann, aber nicht auf eine engere Kooperation in gesellschaftlichen Fragen ausgelegt ist. Allerdings sind den Kontakten schon allein dadurch enge Grenzen gezogen, als die buddhistischen und hinduistischen Organisationen kein in jeder Hinsicht repräsentatives Zentralgremium besitzen. Außerdem wäre hierzu wohl mancher Widerstand seitens der jeweiligen Basis zu überwinden.

Peter Drews

Kurzinformationen

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken wählt neues Präsidium

Auf der diesjährigen Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – sie fand am 18./19. November unmittelbar im Anschluß an die Gemeinsame Studientagung mit der Deutschen Bischofskonferenz über die Weitergabe des Glaubens statt – wurden das Präsidium und der Geschäftsführende Ausschuß des ZdK neu gewählt. Nachfolgerin des nach 12 Jahren Präsidentschaft nicht mehr kandidierenden bisherigen ZdK-Präsidenten und langjährigen bayerischen Kulturministers und gegenwärtigen Inhabers des Guardini-Lehrstuhles an der Universität München, Prof. *Hans Maier*, wurde die 48jährige ehemalige Sozialministerin des Saarlandes und gegenwärtige Vizepräsidentin des Saarländischen Landtags, *Rita Waschbüsch*. Sie war als Nachfolgerin von ihrem Vorgänger selbst ins Gespräch gebracht worden und war nach fast einmütiger Zustimmung im Geschäftsführenden Ausschuß einzige Kandidatin. Sie erhielt 117 von 132 abgegebenen Stimmen (bei 3 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen). Zu Vizepräsidenten wurden neu gewählt: der niedersächsische Umweltminister *Werner Remmers* und der Vorsitzende der südwestdeutschen KAB, *Karl Nothof*. Die beiden bisherigen Vizepräsidenten, die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin *Ursula Hansen* und der Berliner Diözesanratsvorsitzende *Jürgen Meyer-Wilmes*, wurden mit hoher Stimmenzahl in ihren Ämtern bestätigt. Die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Ausschusses wie der Delegierten des ZdK in der Gemeinsamen Konferenz hat sich nur wenig verändert. *Hans Maier* wurde fast einmütig in die Gemeinsame Konferenz gewählt. – Zugleich mit Maier und ebenfalls nach 12 Jahren aus dem Präsidium ausgeschieden ist einer der bisherigen Vizepräsidenten, der Münchner Richter *Walter Bayerlein*, der auch nicht mehr für den Geschäftsführenden Ausschuß kandidierte, aber mit hoher Stimmenzahl weiter als Delegierter in die Gemeinsame Konferenz entsandt wurde. Bayerlein war neben Maier bisher das profilierteste Präsidiumsmitglied. Er

kam als Vertreter des Münchner Diözesanrates über die Gemeinsame Synode ins Zentralkomitee. Er hat sich sowohl um dieses wie um das gemeinsame Gespräch zwischen Bischöfen und Laien beachtliche Verdienste erworben. Daß z. B. die Gemeinsame Studientagung über die Weitergabe des Glaubens überhaupt zustande kam, war ganz wesentlich ihm zu verdanken. Er hat sie auch in der Hauptsache mit vorbereitet. In einer launigen Laudatio durch den scheidenden rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten *Bernhard Vogel*, Maiers Vorgänger im ZdK, wurden beide gemeinsam gewürdigt: Maier als Mann der klaren katholischen Positionsangabe, Bayerlein als durchsetzungsfähiger Vertreter laikaler Eigenständigkeit in der Kirche.

EKD-Synode verabschiedet Erklärung zum Thema „Glauben heute: Christ werden – Christ bleiben“

Zum Ende ihrer diesjährigen Tagung vom 6. bis 10. November in Bad Wildungen verabschiedeten die 120 Mitglieder der EKD-Synode ohne Gegenstimmen und mit nur zwei Enthaltungen eine Erklärung zu ihrem Schwerpunktthema „Glauben heute“. In dem 40seitigen Papier (wir werden noch ausführlicher darauf zurückkommen) wird der Glaube der Kirche dargestellt und werden Aufgaben für die Erneuerung der Kirche und die Weitergabe des Glaubens aufgelistet. Es richtet sich vor allem an Kirchenvorstände und Pfarrer. In einem Begleitbrief zu der Erklärung heißt es, es gebe eine tiefe religiöse Sehnsucht, die sich aber nicht mehr selbstverständlich an die christlichen Kirchen und die biblische Botschaft richte. Eine Erneuerung der Kirche aus dem Glauben heraus müsse alle Bereiche des kirchlichen Lebens umfassen. Es gehe dabei nicht um „mehr Arbeit“, sondern um eine Neubesinnung auf den Glauben. Schwerpunkte dabei sind die Bereiche Bibel, „Einladende Kirche – Einladende Gemeinde“, Weitergabe der Glaubensbotschaft, Diakonie und Erneuerung des Gottesdienstes. Bei der Synodaltagung wurde der Rat der EKD beauftragt, eine „Kammer für Glaubensfragen und Theologie“ einzurichten. Bislang wurden